

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michow.**
Wien, I. Neugebäude.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 30. Juli 1919, Nr. 311.

Lebensmittelabgabestelle der städt. Angestellten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Vorrat an Sardinen bereits ausverkauft ist. Eine eventuelle neue Sendung wird zeitgerecht durch die Tagesblätter kungemacht werden. Diejenigen Pensionisten, die ~~inzwischen~~ seinerzeit keine Liebesgabenpakete erhalten haben, wollen sich in der Zeit vom 4. bis 9. August bei ihren Bezirkssachwaltern melden.

Abgabe von Kartoffeln. Donnerstag und Freitag werden im 9. Bezirk Frühkartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes D der Kartoffelkarte abgegeben.

Eine Ausstellung von Produkten der Schrebergärten. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Iser beschlossen, zur Förderung der Kleingartenwirtschaft Wiens eine Ausstellung von Produkten aus den Schrebergärten, bzw. von Materialien und Behelfen für die Kleingartenwirtschaft zu veranstalten. Die Ausstellung wird in der zweiten Hälfte des Monats August im Arkadenhofe des Wiener Rathauses stattfinden. An die Aussteller besonders vorzüglicher, bzw. überhaupt zu prämierender Objekte sowie an die anlässlich der Begehung und Besichtigung von Kleingartenanlagen durch Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates als prämierenswert befundene Kleingärten werden Anerkennungsdiplome zur Verteilung gelangen. Die Leitung der Ausstellung wird ein Festkomitee, bestehend aus Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates, der Aussteller, einem Vertreter des Landwirtschaftsamtes und von Vertretern der in Betracht kommenden Ämter übernehmen. Die für die Ausstellung notwendigen Vorarbeiten werden vom städtischen Landwirtschaftsamte geführt.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 30. Juli 1919, Nr. 312.

Kauf der Gemeinde. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hoß beschlossen, das Holzknechtshaus in Hinter-Nasswald um den Betrag von 5.000 Kr. für Zwecke der Hochquellenleitung anzukaufen.

Die Ernte in den städt. Wirtschaftsbetrieben. Die Einbringung der Ernte hat in den städt. Wirtschaftsbetrieben, wie Deutsch-Altenburg, Wallhof, Kobenzl und Weisser Hof, bereits begonnen. Der Stand des Getreides ist durchwegs befriedigend, besonders das Korn ist gut gediehen und wird einen guten Ertrag an Stroh geben. Gerste und Hafer sind im Vergleich zum Korn minderer, versprechen jedoch eine Mittelernte. Die Akkordlöhne für die Erntearbeiter haben in den letzten Monaten eine fast hundertprozentige Steigerung erfahren und stellt sich das Mähen des Getreides nebst Binden und Mandeln einschliesslich Verpflegung auf ungefähr 125 Kr. pro Joeh. Die Grünfütterernte ist gut ausgefallen.

Die Wiesen haben durch die rationalen Kunstdüngergaben schöne Erträge an Heu ergeben. Gemüse und Hackfrüchte stehen im allgemeinen gut. An Spinat wurden aus den Betrieben Deutsch-Altenburg, Leopoldau, Lobau, Wallhof und Matzhausiedl rund 163.000 kg geliefert. Leopoldau hat auch Grünfütter im Betrage von rund 15.000 Kr. abgegeben. Von dort wurden auch 40.180 Stück Kohlrabi auf die Märkte geliefert. Die Weingärten der städt. Betriebe stehen befriedigend. Durch die fortwährend herrschende kühle Witterung sind die Trauben in ihrer Entwicklung zurück. Das Bespritzen der Weinstöcke mit Kupferwitriol gegen die Peronospora musste bereits zweimal vorgenommen werden.

Stellungnahme der Gemeinde Wien zur Rennwettensteuer. In der heutigen Stadtratssitzung berichtigte StR. Breitner über die gesetzlichen Massnahmen, die sich zufolge der Regelung der staatlichen Gebühren auf Rennwettensteuern ergeben. Für die autonomen Verbände sind nach den nunmehr geltenden Gesetzen gewisse prozentuelle Zuschläge vorbehalten, deren Gesamtertrag vom Staate mit 22'3 Millionen Kronen eingeschätzt wird. Ueber die Aufteilung dieser Summe ist es zwischen der Gemeinde Wien und dem Lande Niederösterreich zu einer Vereinbarung gekommen, dass diese beiden Verbände gemeinsam folgende Zuschläge zu den staatlichen Gebühren einheben und das Erträgnis dieser Zuschläge derart aufgeteilt wird, dass der Stadt Wien 70 % und dem Lande Niederösterreich 30 % zufallen. Die Zuschläge sind folgenderweise geregelt:

- 60 % Zuschlag zu der 8 %igen staatlichen Einsatzgebühr,
- 60 % Zuschlag zu der staatlichen Buchmachereinsatzgebühr,
- 20 % Zuschlag zu der staatlichen Totalisateur- und Buchmachergewinnsteuergeld,
- 20 % Zuschlag zu der 25 %igen Buchmacherpauschalgebühr.

Die Landesversammlung wird noch in dieser Woche am Freitag zusammentreten und in dieser Sitzung die erforderlichen Beschlüsse fassen, damit die Steuer bereits im Monat August, in welchem erfahrungsgemäss der Rennbetrieb am stärksten ist, die Steuer bereits in Kraft treten kann. In Anschluss daran stellte der Berichterstatter folgenden Entschliessungsantrag:

Die Gemeinde Wien stellt fest, dass Wettrennen, welche der staatlichen Besteuerung unterzogen werden, nur im Lande Niederösterreich, hauptsächlich aber in Wien stattfinden. Die von dem Staate auf Einsätze und Gewinne bei diesen Rennen gelegte Steuer trägt also vorwiegend lokalen Charakter. Demzufolge erklärt die Gemeinde es als ungerecht, dass Steuern, deren Quellen zum grössten Teile in Wien gelegen sind, vom Staate eingehoben und für allgemeine Zwecke verwendet werden. Die Gemeinde erblickt darin, dass die neue Steuer, die mit einem Gesamtertragnisse von über 73 Millionen veranschlagt wird, nur zu ungefähr $\frac{2}{7}$ den autonomen Körperschaften (Land und Gemeinden) überlassen wird, eine ganz empfindliche Benachteiligung. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf ihre schlechte finanzielle Lage stellt die Gemeinde Wien die Forderung, dass zum mindesten das Mehrerträgnis, welches sich durch die gegenwärtige Neuregelung für den Staat ergeben wird und mit ³⁵Millionen Kronen veranschlagt erscheint, dem Lande N.Ö. und der Gemeinde überlassen werde. Das Präsidium wird ersucht, im Einvernehmen mit der niederösterreichischen Landesregierung ohne Verzug alle zur Erreichung dieses Zieles zweckdienlichen Schritte bei den Staatsamte der Finanzen zu unternehmen. Diesen Anträgen wurde zugestimmt.

Die Strassenbahnkarten für die Presspolizei. Der Stadtrat hat heute beschlossen, dem Ansuchen der Polizeidirektion um Ausstellung der Strassenbahnfreikarten für dienstliche Fahrten der Organe der Presspolizei, keine Folge zu geben.